

Sparprogramm beim DGB-Rechtsschutz: Große Gewerkschaften unsolidarisch?

**„junge Welt“ sprach mit Walter Hermann, stellvertretender Vorsitzender
des Verbandes der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB) jw 3.3.2004**

F: Die Mitarbeiter der DGB-Rechtsschutz GmbH wollen am heutigen Mittwoch in Berlin demonstrieren. Worum geht es Ihnen?

Am Abend tagt der Aufsichtsrat des DGB-Rechtsschutzes, der ein weiteres Sparprogramm beschließen soll. Wenn das durchkommt, wird weniger Geld zur Verfügung stehen, um die Arbeit ordnungsgemäß durchzuführen. Obwohl sich die Arbeit anhäuft, wird man bestimmte Stellen nicht wieder besetzen. Oder man wird diese so verlegen, daß die Beschäftigten gezwungen sind zu kündigen.

F: Im Jahr 2000 gab es beim DGB-Rechtsschutz noch 950 Mitarbeiter, derzeit sind es 850. Wie viele Entlassungen befürchten Sie diesmal?

Der Aufsichtsrat wird keine Entlassungszahlen beschließen, sondern es wird heißen, die Gewerkschaften geben künftig etwa fünf Millionen Euro weniger. Das wird dann auf die Bezirke umgelegt, wo zwangsläufig am Personal gespart wird. Zum Beispiel wird es weniger Festeinstellungen geben, dafür mehr befristete Verträge, und mancher schon bestehende Zeitvertrag wird nicht mehr verlängert.

F: Das Ergebnis könnten bis zu 500 Verfahren jährlich pro Rechtssekretär sein, heißt es in Ihrem Aufruf für die heutige Demonstration. Ist das noch zu bewältigen?

Die Leute werden derart unter Druck gesetzt, daß das funktioniert. Da wird jede zeitliche Reserve gesucht bis hin zum Urlaub. Das hält auf Dauer natürlich keiner durch. Da braucht nur einmal einer zu viel krank zu sein, und schon türmt sich alles bei den anderen Kollegen. Dann beschweren sich die Gewerkschaftsmitglieder, was wiederum zu Kritik der Einzelgewerkschaften am Rechtsschutz führt. Dazu muß man wissen, daß einige von diesen einen eigenen Rechtsschutz anstreben. Ver.di zum Beispiel oder die IG Metall und die IG BCE. Letztlich sind diese nicht mehr so besonders solidarisch mit dem DGB-Rechtsschutz, weil sie selbst einen Rechtsschutz aufbauen. Das Nachsehen haben die kleinen Gewerkschaften.

F: Was bedeutet der Arbeitsdruck für die Qualität des Rechtsschutzes?

Die Rechtsschutzsekretäre arbeiten ziemlich schnell. Was zum Beispiel Kündigungsverfahren angeht, gibt es ein Baukastensystem, das eine ganze Reihe Arbeitsschritte vorgibt. Noch leidet die Qualität also nicht. Man kann sich allerdings an seinen fünf Fingern abzählen, daß das nicht mehr lange dauern wird.

F: Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Situation ist anzunehmen, daß die Zahl der Fälle eher zunimmt, oder?

Auf jeden Fall. Die vielen Konkurse und Kündigungen, das aggressivere Vorgehen der Arbeitgeber – all das bedeutet mehr Fälle für den Rechtsschutz. Und wenn der diese nicht mehr ordnungsgemäß bearbeiten kann, nehmen sich die Mitglieder einen Anwalt. Es sieht so aus, als ob das beabsichtigt ist, als ob man 1998 den Rechtsschutz mit der GmbH-Gründung privatisiert hat, um ihn langsam unsolidarisch abzubauen.